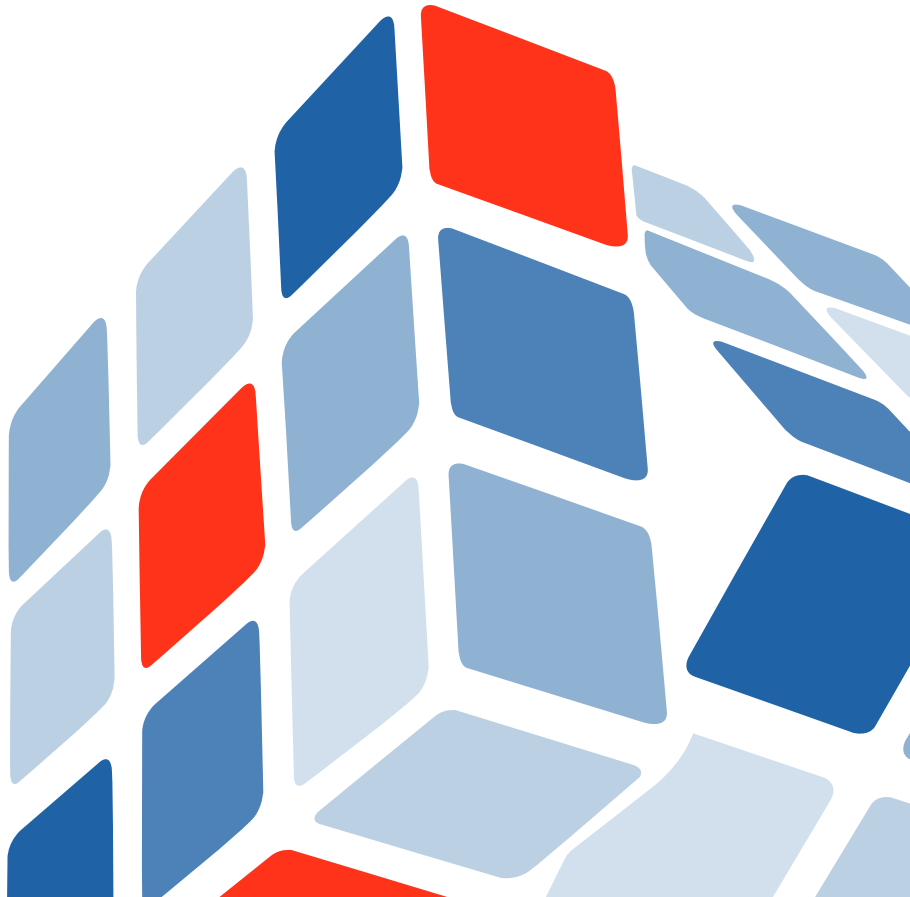


PARTEIEN UND DEMOKRATIE

NATIONAL- KONSERVATIV UND MARKTRADIKAL

**EINE POLITISCHE EINORDNUNG
DER «ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND»**

FELIX KORSCH



INHALT

Homophober Testballon	2
Politiken der Exklusion	5
Marktradikal und national-konservativ	7
Geringer Gebrauchswert des Populismusbegriffs	10
Nationalismus ist nicht Anstrich, sondern Kern der AfD	15
Künftige Parteientwicklung im rechten Spannungsfeld	17
Literatur	21

HOMOPHOBER TESTBALLON

Die Alternative für Deutschland (AfD) reüssiert durch ihre «radikal euro(pa)skeptische Botschaft» (Plehwe 2014: 63). Ein Umstand, der rasch dazu verleiten kann, das Menetekel des Rechtspopulismus zu erkennen. Das könnte sich nun als Missverständnis herausstellen. Denn die Partei verzichtet zwar nach wie vor auf ein Programm und ist damit ein Kuriosum innerhalb der deutschen Parteienlandschaft; das heißt aber nicht, dass seit Gründung im Frühjahr 2013 keine inhaltliche Entwicklung stattgefunden hätte. Tatsächlich ist die AfD heute keine «Ein-Punkt-Partei» mehr – sie beschränkt sich nicht auf die Agitation gegen die Europäische Union. Und bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass dies nicht einmal ihr zentrales Anliegen ist. Worum also geht es der AfD, und wie ist sie demnach zu verorten?

Erste Antworten findet man im Ländle. Im November vergangenen Jahres hatte das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2013) ein Arbeitspapier zur «Bildungsplanreform 2015» vorgelegt. Ein Aspekt ist dabei die Vermittlung der «Akzeptanz sexueller Vielfalt» im Schulunterricht mit dem Ziel des «vorurteilsfreien Umgang[s] mit der eigenen und anderen sexuellen Identitäten», mit abweichenden Beziehungsformen und Lebensweisen (ebd.: 9, 11). Den Bildungsplan würde fast niemand kennen, wäre nicht kurz darauf eine Online-Petition gestartet worden, die binnen zweier Monate mehr als 190.000 Personen unterzeichneten. Unter dem Titel «Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens» wird eine «Überbetonung einzelner Gruppen» kritisiert: Es fehle im Bildungsplan eine «ethische Reflexion der negativen Begleiterscheinungen» ab-

weichender Lebensstile, etwa die «höhere Suizidgefährdung unter homosexuellen Jugendlichen, die erhöhte Anfälligkeit für Alkohol und Drogen, die auffällig hohe HIV-Infektionsrate bei homosexuellen Männern», schließlich auch «das ausgeprägte Risiko psychischer Erkrankungen bei homosexuell lebenden Frauen und Männern». Es würden «Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle abgeleitet, die es nach dem Grundgesetz nicht gibt», denn das beziehe sich – exklusiv – auf «Ehe und Familie als demokratische Errungenschaft».¹

Mit dem Text des Bildungsplans haben diese Anwürfe wenig zu tun. In einer ersten Fassung der Petition war noch deutlicher von einer «Umerziehung», von «Indoktrinierungs- und Missionierungsversuchen» die Rede (vgl. Müssigmann 2014). Der Tenor aber blieb auch in der entschärften Variante eindeutig: Gleichberechtigung soll es nicht geben. Hinter der Petition steht ein Realschullehrer aus dem Schwarzwald, ein evangelikaler Christ. Zuspruch erhielt die Petition beispielsweise über die offizielle Homepage der Piusbruderschaft und die extrem rechte Website «Politically Incorrect», die das Thema gleich ein Dutzend Mal hochzog und den Bildungsplan schlicht als «schwul» bezeichnete.² Auch die Platt-

¹ Vgl. Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens, unter: <https://www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens>. ² Vgl. Diözesanrat für Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens (20.1.2014), unter: <http://pius.info/archiv-news/892-kirchenkrise/8588-dioezesanrat-fuer-bildungsplan-unter-der-ideologie-des-regenbogens>; OpenPetition klagt über 8000 Unterschriften gegen den schwulen grünroten Bildungsplan (18.1.2014), unter: <http://www.pi-news.net/2014/01/open-petition-klaut-ueber-8000-unterschriften-gegen-den-schwulen-gruenroten-bildungsplan/>.

form «Freie Welt» hat Partei ergriffen: In einem dort veröffentlichten Artikel wird insinuiert, im Zuge des Bildungsplans würden «homosexuelle [...] Praktiken künftig verstärkt an Schulen gelehrt [!] werden».³ «Freie Welt» wird dem AfD-nahen Netzwerk «Zivile Koalition» zugerechnet. Und tatsächlich gehörte die baden-württembergische AfD zu den Unterstützern der Petition, ihre Mitglieder wurden ausdrücklich um Mitzeichnung gebeten.

In einer unter anderem durch die rechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* zitierten Verbandsmitteilung der AfD hieß es, beim Bildungsplan handle es sich um «eine pädagogische, moralische und ideologische Umerziehungskampagne an allgemeinbildenden Schulen»,⁴ denn im «höchst sensiblen Bereich der Sexualität» seien in «erster Linie» die Eltern verantwortlich. Noch deutlicher wurde das Online-Journal des Landesverbandes Baden-Württemberg der AfD, das eines seiner Vorstandsmitglieder mit der Drohung zitiert, Kinder «von sämtlichen staatlichen Schulen fernhalten» zu wollen, in denen der Bildungsplan umgesetzt wird.⁵ Der Furor gegen den Bildungsplan sei schließlich eine Prinzipienfrage: «Die Alternative für Deutschland steht für den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft.» Dass die AfD derart zur Protagonistin einer homophoben Kampagne geworden ist, muss irritieren. Galt sie nicht bislang als prononcierte Anti-Euro-Partei, die – vielleicht nur vorübergehend – politisches Kapital aus der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise ziehen konnte?

Die homophobe Petition weist auf eine bislang für unwahrscheinlich gehaltene Entwicklung hin, die nicht nur Baden-Württemberg betrifft. Tatsächlich

kommt mehr als die Hälfte der PetentInnen überhaupt nicht aus der entscheidenden Quorums-Region, sondern zu großen Teilen aus Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Im Hinblick auf Ostdeutschland fällt auf, dass überproportional viele UnterzeichnerInnen aus dem Bundesland Sachsen stammen. Dort haben nicht nur evangelikale Gruppen, besonders im Erzgebirge und dem Vogtland, eine starke Basis. Sondern es handelt sich bei Sachsen auch um eine Hochburg der AfD, die hier bei der Bundestagswahl mit 6,8 Prozent am allerbesten abgeschnitten hat. Zu den sächsischen Petitions-UnterzeichnerInnen zählen mehrere Kreisvorsitzende der AfD, mit Ulrich Oehme (Chemnitz) auch ein ehemaliger Vize-Landesschriftführer der Partei «Die Freiheit».

³ Vgl. Bildungsplan 2015: kritischer Lehrer angezeigt (10.1.2014), unter: <http://www.freiewelt.net/nachricht/bildungsplan-2015-kritischer-lehrer-angezeigt-10020866/>.

⁴ Vgl. AfD unterstützt Petition gegen Gender-Lehrplan, in: *Junge Freiheit*, 15.1.2014, unter: <http://jungefreiheit.de/kultur/gesellschaft/2014/afd-unterstuetzt-petition-gegen-gender-lehrplan/>. ⁵ Vgl. Bildungsplan 2015 ablehnen! (15.1.2014), unter: <http://blog.alternativefuer-bw.de/1499/1499/>.

Der frühe Vorläufer: Bund freier Bürger (BfB)

Von 1994 bis 2000 existierte mit dem *Bund freier Bürger* (BfB) eine rechte Partei, die personell wie inhaltlich als Vorläufer-Organisation der AfD gelten kann. Nach der Gründung in Wiesbaden entstanden BfB-Landesverbände in den alten Bundesländern, die stärksten Gliederungen bestanden in Bayern und Hessen. Bundesweit hatte der BfB anfänglich etwa 1.000, später bis zu 2.800 Mitglieder, kam aber über den Status einer Kleinpartei nie hinaus und blieb elektoral weitgehend bedeutungslos.¹ Im BfB engagierten sich anfangs unter anderem der Ökonom Joachim Starbatty, der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider sowie der Autor und Verleger Bruno Bandulet. Heute sind Schachtschneider und Bandulet Unterstützer der AfD, Starbatty gehört dem Wissenschaftlichen Beirat der Partei an. Die Gründung des BfB war eine Reaktion auf den kurz zuvor in Kraft getretenen Vertrag von Maastricht, der als wesentlicher Schritt hin zu einer stärkeren europäischen Integration gilt. Starbatty und Manfred Brunner – früher FDP-Vorsitzender in Bayern, dann BfB-Mitgründer – waren als Vertragsgegner erfolglos mit einer Verfassungsbeschwerde vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Der BfB trat zunächst mit einer Anti-Maastricht-Kampagne an die Öffentlichkeit und warnte vor einem Stabilitätsverlust der D-Mark im Vergleich zur europäischen Währungseinheit ECU, dem Vorläufer des Euro.

Der BfB selbst hat sich als liberal-konservative Partei verstanden, ist aber auch als Honoratioren- und D-Mark-Partei apostrophiert worden und chan-

gierte zwischen Marktradikalismus und Nationalismus. Auch der Vorwurf des Rechtspopulismus – im deutschen Parteienspektrum ein *Novum*² – ist an den BfB herangetragen worden. Ursächlich dafür waren zum einen BfB-Funktionäre, die vorher oftmals in CDU und FDP aktiv waren, teils aber auch dem Spektrum der Neuen Rechten nahestanden. Zum anderen war die Anlehnung an die FPÖ unter Jörg Haider augenfällig,³ ein Umstand, der zu heftigen innerparteilichen Debatten führte mit dem Ergebnis, dass unter anderem Schachtschneider und Starbatty den BfB, der später den Zusatznamen «Die Freiheitlichen» wählte, wieder verließen.

Fortan suchte der BfB den Anschluss an andere Parteien des rechten Spektrums, darunter die *Deutsche Soziale Union* (DSU) und die *Deutsche Partei* (DP). Von sich reden machte der BfB 1995 durch ein Betrauern der deutschen Gebietsverluste infolge des Zweiten Weltkrieges sowie 1998 durch die in einem offenen Brief an Ignatz Bubis begründete Ablehnung des Holocaust-Mahnmals. In seiner Endphase wurde der BfB durch mehrere Landesämter für Verfassungsschutz beobachtet. Der letzte Vorsitzende, Heiner Kappel, wechselte nach dem Ende der Partei an die Spitze der DP.

¹ Bund freier Bürger – Die Freiheitlichen (BfB), in: Mecklenburg, Jens (Hrsg.) (1996): *Handbuch deutscher Rechtsextremismus*. Berlin, S. 181f. ² Vgl. die Charakterisierung des bundesdeutschen Parteienspektrums etwa bei Stöss, Richard (Hrsg.) (1986): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Opladen. ³ Vgl. Dietzsch, Martin/Maegerle, Anton (1995): *Der Bund freier Bürger – Die Freiheitlichen (BfB). Der Versuch, in der Bundesrepublik Deutschland einen Ableger von Haiders FPÖ zu etablieren*, unter: http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Bund_freier_Buerger.htm.

Wer die Gemengelage verstehen will, muss Abstand nehmen sowohl von einer Außensicht auf die AfD, die sie auf das Thema «Europa» festlegt, wie auch von deren Selbstverklärung als «Partei neuen Typs». Parteisprecher Bernd Lucke, der das einmal gesagt hatte, bezeichnete die AfD in der *Jungen Freiheit* nüchtern als «Grundgesetzbildungspartei». ⁶ Zuletzt markierte auch der Bundesparteitag Ende Januar 2014 in Aschaffenburg einen Kurswechsel: Im Vorfeld der Europawahl spricht die AfD überhaupt nicht mehr von einem Austritt Deutschlands oder dem Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone, auch nicht von einer Rückkehr zur D-Mark. ⁷ Zwar pointiert die AfD weiterhin den Nationalstaat, indem sie den Satz «Mut zu Deutschland» zur Wahlkampfparole macht. Aber der in den Parteitagssaal projizierte Slogan prangt auf blauem Grund, die Buchstabenfolge «EU» in «Deutschland» ist herausgehoben und von einem Sternenkranz umringt. Für eine bisher als «eurokritisch» wahrgenommene Partei scheint das inkonsequent, wenn nicht gar eine erklärungsbedürftige Volte zu sein. Unlängst präzisierte Lucke, es gehe seiner Partei darum, «über spezifisch deutsche Interessen in der Europapolitik zu reden» (Lucke 2014). Originell oder gar «mutig» ist das eher nicht, die SPD hatte schon bei der Europawahl vor zehn Jahren für Europa «im deutschen Interesse» plakatiert. Entscheidend ist im Falle der AfD, dass sie seit ihrer Gründung im Frühjahr 2013 eine kaum bemerkte programmatische Entwicklung vollzogen hat. Bei der Bundestagswahl begnügte sie sich noch mit einem ausgesprochen reduzierten Programm, ⁸ doch zum Parteitag in

Aschaffenburg hat die «Große Europakommission» der AfD den Delegierten einen umfangreichen Katalog programmatischer Thesen vorgelegt (Lucke u. a. 2014). Was Europa betrifft, so tritt die Partei nun für eine «schlanke» EU ein, ohne die Türkei. Die Einführung des Euro wird als ein Akt bezeichnet, der sich «gegen die ökonomische Vernunft» richtet. Außerdem wird das Recht der Mitgliedsstaaten betont, die Währungsunion zu verlassen. Aber nicht das wird ausdrücklich empfohlen, sondern strikte «Haushaltsdisziplin», sprich: Sparpolitik. Die prinzipielle Ablehnung der Euro-Rettungspolitik, die bisher zum Markenkern der Partei gehörte, ist deutlich abgeschwächt worden.

Dafür werden nun sukzessive andere Politikfelder besetzt, die im Programm zur Bundestagswahl höchstens als Stichworte angelegt waren. Ein Beispiel ist die «Integrationspolitik»: Im alten Wahlprogramm warb die AfD für eine «Neuordnung des Einwanderungsrechts» – sowohl zugunsten einer «qualifizierte[n] und integrationswillige[n] Zuwanderung» wie auch zur Verhinderung einer «ungeordnete[n] Zuwanderung in unsere Sozialsysteme» – und unter Einräumung eines Arbeitsrechts für Asylsuchende (ebd.). Der letzte Punkt kommt nicht mehr vor, dafür werden nun dem Thema «Arbeitsmarkt, Sozialpolitik, Zuwanderungs- und Asylpolitik» – es geht unter diesem Rubrum ausschließlich um

⁶ «2014 wird für uns ein Erfolg», Interview mit Bernd Lucke, in: *Junge Freiheit*, 24.1.2014, S. 3. ⁷ AfD-Parteitag: Der Kampf gegen den Euro war gestern, in: Spiegel Online, 25.1.2014, unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-parteitag-kurswechsel-der-euro-skeptiker-a-945544.html>. ⁸ Vgl. Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl (14.4.2013), unter: <https://www.alternativefuer.de/partei/wahlprogramm/>.

die «Behandlung» von AusländerInnen – neuerdings elf Thesen gewidmet. Die beiden Kernaussagen lauten:

- «Hartz IV, Kindergeld oder Wohngeld sollen nur Personen erhalten, die in Deutschland in erheblichem Maße direkte oder indirekte Steuern gezahlt haben oder deren Eltern dies getan haben.»
- «EU-Bürger aus anderen Mitgliedsstaaten, die sich mangels ausreichenden Einkommens in Deutschland keinen menschenwürdigen Lebensstandard sichern können, müssen in ihre Heimat zurückkehren.»

Schon relativiert sich die paradoxe Beobachtung, die AfD vertrete eine Zuwanderungspolitik, die «liberaler» als geltendes deutsches Recht ausfällt (Werner 2013: 6). Zuwanderung wird zwar unterstützt, aber nur unter dem klassischen Vorbehalt, dass eine staatliche Unterstützung nicht infrage kommt, wenn es sich um (gemessen am hiesigen «Lebensstandard») Arme handelt. Die beabsichtigte Sozialhygiene «in unseren Sozialsystemen» wird noch *zusätzlich* abgesichert durch die Unmöglichkeit, als

MigrantIn überhaupt Sozialleistungen zu erhalten: Wer hierher kommt, wird in der Regel nicht schon zuvor «in Deutschland in erheblichem Maße» Steuern bezahlt haben. Der damit eingeführte prinzipielle Ausschluss von staatlicher Unterstützung stellt sicher, dass in möglichst vielen Fällen der Rückkehrgrund «mangelndes Einkommen» als gegeben vorausgesetzt werden kann. Das wäre allerdings keine Liberalisierung, sondern eine zusätzliche Restriktion des Zuwanderungsrechts.

Zu beachten ist auch, dass sich die AfD-Thesen auf Zuwanderung aus anderen EU-Staaten konzentrieren – es geht um eine Rücknahme der Freizügigkeit auf dem Terrain des EU-Binnenmarktes und auch hier keineswegs um eine Liberalisierung. Für MigrantInnen von außerhalb der EU gilt dagegen schlicht: «Ernsthaft politisch Verfolgten ist Asyl zu gewähren.» Hier wird nur zusätzlich abgesichert, was eh schon gilt: Die meisten Asylanträge werden mit der Begründung, es ließe sich keine «ernsthafte» Verfolgung feststellen, sowie abgewiesen.

Eine analoge Programmentwicklung der AfD hin zu einer Politik der Exklusion lässt sich bei der Familien- und Bildungspolitik erkennen, zwei Bereichen, die im Falle dieser Partei gar nicht auseinanderzuhalten sind. In ihrem Wahlprogramm 2013 bekräftigte sie den «Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft» und erklärte Bildung zu deren «Kernaufgabe». Familie und Bildung, «Keim» und «Kern» – diese nicht ganz glatte, aber traditionsreiche metaphorische Verbindung ist in der homophoben Agitation gegen den baden-württembergischen Bildungsplan voll aufgegangen. Die AfD adressiert auf diese Weise wertkonservative Haltungen (wie sie teils wörtlich bei den Unionsparteien wiederzufinden sind⁹). Für die AfD ist das – entgegen ihrer verbreiteten Wahrnehmung als Anti-Euro-Partei – nicht einmal neu. Hatte die NPD nur Tage vor der AfD-Gründung noch mitgeteilt, die neue Partei werde eine «Eisbrecher- und Türöffner-Funktion» für ihre Themen haben, konnte die AfD-Facebookseite schon einen Tag darauf den Eindruck erwecken, dass man umgehend die Probe aufs Exempel antreten wollte: Hier prangte ein Bild mit der Aufschrift «Klassische Bildung statt Multikulti-Umerziehung». Dies ist ein Slogan der extremen Rechten (vgl. Kemper 2013). Dieser wurde zwar bald darauf wieder von der Seite entfernt, und die «Multikulti»-Vokabel gehört zu den Begriffen, auf die man in der Partei (bislang) verzichtet. Aber die Annahme einer «Umerziehung», die «Keim» und «Kern» der Deutschen schädigen würde, ist erhalten geblieben. Eine neue Werbegrafik ist nun aber beschriftet mit dem Satz «Gender-Wahn stoppen».¹⁰ Die AfD er-

klärt die Dringlichkeit dieses Themas damit, dass in Schweden bereits den Männern «das Pinkeln im Stehen» verboten worden sei und dass in Deutschland über Frauenquoten diskutiert werde, obwohl «Studien» gezeigt hätten, dass Frauen «Karriere generell nicht so wichtig ist».¹¹ In den Europathesen heißt es schlicht: «Die AfD lehnt gesellschaftspolitische Umerziehungsmaßnahmen wie (Gender Mainstreaming) ab und wendet sich gegen alle Versuche der EU, diese den Nationalstaaten aufzuzwingen.» Überhaupt seien Geschlechterrollen «nicht Gegenstand der Politik». Diese Auffassung ist zum einen in sich widersprüchlich, weil die AfD selbst durchaus *bestimmte* Geschlechterrollen explizit politisch privilegiert sehen will. Zum anderen ist hier ein Bemühen zu erkennen, unabhängig von der Anti-Euro-Rhetorik einen «positiven» Bestand an ideologischen Grundsätzen anzusammeln. In dem Falle wird davon ausgegangen, dass ein systematisches «Umerziehungsprogramm» ins Werk gesetzt worden sei, wo es in Wirklichkeit um die weithin akzeptierte Selbstverständlichkeit geht, vielfältigen geschlechtlichen und sexuellen Identitäten Akzeptanz zu verschaffen.

Bernd Lucke erinnert dagegen an «Verfallserscheinungen» von Ehe und Familie, die – so wörtlich – «immer mehr zer setzt werden». Die Gleichstellung der Geschlechter und die Vielfalt von Lebensweisen wird zum Anlass genommen, «Keim» und «Kern» der Gesell-

⁹ Vgl. z. B. Olav Gutting, Bundestagsabgeordneter der CDU (27.2.2013), unter: <http://www.cducusu.de/themen/familie/wir-schuetzen-und-wir-foerdern-die-familie-als-keimzelle-unserer-gesellschaft>. ¹⁰ Vgl. AfD Viersen: Erläuterungen zu unseren Slogans, unter: <http://afdviersen.wordpress.com/ihre-alternative-in-viersen/erlaeuterungen-zu-unseren-slogans/>. ¹¹ Ebd.

schaft für akut bedroht zu erklären. Erst vor diesem Hintergrund wird die Unterstützung der homophoben Petition in Baden-Württemberg verständlich. Und vor demselben Hintergrund ist es völlig glaubhaft, wenn Lucke «Familienpolitik, Zuwanderungspolitik und Europapolitik» als «große und wichtige Themenfelder für die Zukunft unseres Landes» bezeichnet (vgl. Lucke 2014). Bei dieser Trias ist die Programmentwicklung der AfD nun angelangt. Das spiegelt sich in den Thesen der «Europakommission» ebenso wider wie in den polarisierten Parteiflügeln: Die AfD vereinigt Wertkonservative und (Neo-)Liberalen bis Libertäre. Wohlfahrtschauvinismus und Marktradikalität bestehen nebeneinander, die Grenzziehung ist schwer nachvollziehbar (Plehwe 2014: 69).

Was zunächst als Widerspruch erscheint – und wohl tatsächlich zu nachhaltigen Auseinandersetzungen in der Partei geführt hat –, entspricht bei genauerer Betrachtung exakt dem, was in der neueren Literatur als die «Winning Formula» radikal rechter, xenophober Parteien in Europa beschrieben wird (Art 2011: 17 f.), mithilfe derer ökonomisch und politisch widerstreitende Interessen in einem ansonsten unwahrscheinlichen Bündnis zusammenfinden. Das kommt auch in der Wählerschaft der AfD zum Ausdruck, die sich bei der Bundestagswahl 2013 vorrangig aus ehemaligen WählerInnen der FDP, der LINKEN und der CDU/CSU zusammensetzte. Es spricht einiges dafür, dass gerade

die inhaltliche Uneindeutigkeit bis hin zur offenen Widersprüchlichkeit zu den Erfolgsfaktoren der AfD gehören, die sich strategisch ausnutzen lassen, das heißt, deren Bestandteile sich je nach Bedarf anders pointieren und rekombinieren lassen. So hatte die AfD bei der Bundestagswahl in den verschiedenen Regionen Plakate mit unterschiedlichen Motiven aufgehängt und beispielsweise in Sachsen, wo sie schließlich am erfolgreichsten war, nicht nur auf Anti-Euro-Agitation gesetzt, sondern immer wieder vor der «Zuwanderung ins Sozialsystem» gewarnt (vgl. Frerks/Kovahl 2013). Bezeichnenderweise hat die AfD in Sachsen insbesondere dort hohe Zustimmung erfahren, wo zugleich die NPD einen hohen Zweitstimmenanteil errungen hat (Loos 2013: 12). Dass die AfD umgekehrt nicht von den Verlusten der NPD in bestimmten Regionen profitieren konnte, zeigt wiederum, dass sie nicht von diesen WählerInnen abhängig ist. Wahrscheinlich ist, dass die AfD stattdessen von denjenigen Themen profitiert, die sie mit der extremen Rechten teilt. Die Partei verortet sich damit rechts von der Union und ist mit diesem Versuch bundesweit relativ erfolgreich. Das ist das Neue und zugleich Erklärungsbedürftige: Woraus bezieht die Chimäre einer «neoliberalen Rechten» ihre Durchschlagskraft? Und basiert sie letztlich auf der «populistischen» Täuschung, eine «radikal neoliberale Kraft mit national-konservativem Anstrich» zu versehen (Plehwe 2014: 72)?

Das rechtskonservative Netzwerk: Zivile Koalition & Co.

Der parteiunabhängige Verein *BürgerKonvent e. V.* wurde 2003 gegründet und trat zunächst mit der professionellen PR-Kampagne «Deutschland ist mehr als jetzt» an die Öffentlichkeit, verstanden als der Versuch, das Konzept der Protestinitiativen – das damals bekannteste Beispiel war das Attac-Netzwerk – von «rechts» oder «oben» zu besetzen.¹ Der Soziologe Andreas Kemper weist darauf hin, dass der BürgerKonvent zu Beginn eine Großspende des Milliardärs August von Finck jr. erhielt, der bereits den BfB finanziell erheblich gestützt hatte.² Zu den neueren Schwerpunkten der Vereinsaktivitäten zählt die Agitation gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und die Euro-Rettungspolitik.³ Dem Vorstand des BürgerKonvents gehört die Rechtsanwältin Beatrix von Storch an. Sie kandidierte jüngst zur Bundestagswahl auf Listenplatz 2 der AfD in Berlin, für die kommende Europawahl ist sie auf Listenplatz 4 gesetzt. Von Storch gilt als einflussreiche Politikerin in der Partei und – im Verbund mit ihrem Ehemann Sven von Storch – als erfolgreiche Netzwerkerin im rechtskonservativen Spektrum.⁴ Zentral ist dabei der Verein *Zivile Koalition e. V.*, auf dessen Website «für mehr zivilgesellschaftliches Engagement» geworben wird.⁵ Mit der Agitation gegen ESM und

«Schuldenunion» lehnt sich der Verein inhaltlich an den BürgerKonvent und an den Gründungszusammenhang der AfD an.

Mitunter wird das Netzwerk der Zivilen Koalition, obgleich sehr personenzentriert um die von Storchs, auch als «deutsche Tea Party» bezeichnet.⁶ Publizistische Vorhut ist das Online-Magazin *Freie Welt*, in dem unter anderem der AfD-Parteisprecher Konrad Adam publiziert. Ein weiteres Angebot ist die dem bekannten Portal «Abgeordneten-Watch» nachempfundene Website *Abgeordneten-Check*. Verantwortlicher ist Sven von Storch, seine Frau Beatrix sitzt auch hier in einem «Beirat». Als Träger des Projekts werden die Zivile Koalition, der BürgerKonvent sowie der Storch'sche Verein *Institut für strategische Studien Berlin e. V.* (ISSB) angegeben. Auf der ISSB-Website wiederum ist unter anderem ein Interview mit Parteisprecher Bernd Lucke nachzulesen.⁷

¹ Speth, Rudolf (o.J.): Der BürgerKonvent – Kampagnenprotest von oben ohne Transparenz und Bürgerbeteiligung, unter: http://www.boeckler.de/pdf/fo_buergerkonvent.pdf. ² Kemper, Andreas: Alternative für Deutschland – Die Geld-Essentialisten (4.3.2013), unter: <http://andreaskemper.wordpress.com/2013/03/04/alternative-fur-deutschland-die-geld-essentialisten/>. ³ Website BürgerKonvent e. V., unter: <http://www.buergerkonvent.de/aktivitaeten/>. ⁴ Vgl. Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e. V., Münster. ⁵ Website Zivile Koalition e. V., unter: <http://www.zivilekoalition.de/wer-wir-sind>. ⁶ Vgl. Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e. V., Münster. ⁷ Website des ISSB e. V., unter: <http://www.issberlin.info/?p=991>.

GERINGER GEBRAUCHSWERT DES POPULISMUSBEGRIFFS

In einer ersten Einordnung der AfD hatten Rechtsextremismusexperten wie Gerd Wiegel die AfD «mit dem schillernden, aber inzwischen gebräuchlichen Begriff des Rechtspopulismus» zu fassen versucht (Wiegel 2013: 1). Diese Zuordnung und deren Aussagekraft stehen und fallen mit dem zugrunde liegenden Populismusverständnis. Nach Ansicht Wiegels empfiehlt sich der Begriff im vorliegenden Falle hauptsächlich *ex negativo*, da die AfD zwar der politischen Rechten, nicht aber der extremen Rechten zuzuordnen sei. Zudem wird der Partei eine Ähnlichkeit zu anderen Parteien in Westeuropa attestiert, die gleichfalls als rechtspopulistisch bezeichnet werden. Die assoziierte «Verwandtschaft» der AfD zu dieser «Parteienfamilie» ergibt sich aber zunächst nicht aus vergleichbaren Inhalten und Strategien, sondern bezieht sich auf das methodische Vorgehen: die Anrufung des «Volkes» als zu mobilisierende und legitimierende politische Ressource. Zwar bedient sich die AfD dieses Mittels und in dem *instrumentellen* Sinne attestiert ihr auch Alexander Häusler (2013: 10), sie bediene die «Grundmuster rechtspopulistischer Rhetorik». Es bleibt aber fraglich, inwiefern die AfD damit hinreichend oder auch nur wesentlich charakterisiert ist. Alban Werner (2013: 1) wiederum stellt Überschneidungen zum Rechtspopulismus fest, geht aber davon aus, dass die AfD «keine klassische rechtspopulistische Strategie» verfolge.¹² Bei näherer Betrachtung besteht selbst die rechtspopulistische Parteienfamilie – von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) über die Schweizer Volkspartei (SVP) bis hin zum «neuen» französischen

Front National (FN) und dem belgisch-separatistischen Vlaams Belang (VB) – aus derart unterschiedlichen Formationen, dass fraglich bleibt, ob der Begriff Rechtspopulismus zur ihrer Kennzeichnung wirklich tauglich ist.¹³ Außerhalb Deutschlands wird stattdessen vermehrt der Sammelbegriff «Radical Right Parties» bemüht, der eine präzisere Binnendifferenzierung erlaubt: Diese Parteien verfolgen hauptsächlich rassistische Exklusionspolitiken, die sowohl mit autoritär-nationalistischen wie auch mit neoliberalen und gegen den Sozialstaat gerichteten Programmen verbunden sein können (vgl. Art 2011). Der Preis für die Verwendung des Rechtspopulismusbegriffs wäre ein Verzicht auf Differenzierung, sodass man etwa zwischen der British National Party (BNP) und der United Kingdom Independence Party (UKIP), die beide eine Anti-Europa-Position vertreten, nicht mehr hinreichend unterscheiden könnte. Doch ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden besteht nicht zuletzt darin, dass die eine Partei bei Wahlen nicht punkten kann, während die andere diesbezüglich relativ erfolgreich ist – etwas, was der Popu-

¹² Im Hinblick auf den hier nur angeschnittenen Bedeutungskern des Begriffs Populismus ist der Einwand von Werner, der AfD fehle es für einen «vollwertigen» Populismus an Charisma, nicht zu folgen: Eine plebiszitäre Demokratie im Sinne Webers setzt zwar Massenloyalität voraus, die aber nicht zwingend charismatisch zu sichern ist (vgl. Weber 1980: 155 ff.). Tatsächlich haben als rechtspopulistisch eingestufte Bewegungen und Parteien nur in wenigen Fällen regelrechte Führerfiguren hervorgebracht, wobei sich etwa im Falle Wilders' dessen charismatische Ausstrahlung noch immer in Grenzen halten dürfte. Charisma ist eben nicht mit demoskopischer Bekanntheit oder elektoraler Beliebtheit zu verwechseln. ¹³ Ein weiteres Argument gegen die behauptete Verwandtschaft ist die instabile Bündnispolitik untereinander (vgl. Plehwe 2014). Plehwe verortet die AfD bündnispolitisch eher in der neoliberal-konservativen «Alliance of European Conservatives and Reformists» (AECR) und damit nicht in einer antieuropäischen «Fundamentalopposition», sondern an der Seite der britischen Tories.

lismusbegriff nicht einfangen kann. Am augenfälligsten wird seine doch eher geringe Aussagekraft, wenn man etwa das NPD-Parteiprogramm heranzieht und zu dem Schluss käme, es handle sich hier um eine populistische Schrift *par excellence*. Nur würde aus guten Gründen fast niemand dieses Urteil für die NPD gelten lassen.¹⁴ Die den Populismus kennzeichnende Rhetorik sagt nämlich nicht viel über die Praxis aus.

Das der analytische Wert des Populismusbegriffs begrenzt ist, ist keine neue Erkenntnis, ist er doch seit Langem aller «historischen, geographischen und sachlichen Bezüge» entkleidet und bleibt notwendigerweise «offen [...], was der Begriff überhaupt bezeichnet» (Dubiel 1986: 34). Längst und bis heute sprechen «unterschiedliche Gruppierungen von Sozialwissenschaftlern mit unterschiedlichem theoretischen Hintergrund zu unterschiedlichen Anlässen von unterschiedlichen sozialen Phänomenen» (ebd.: 43). Das pragmatische und noch heute gültige Argument gegen den Populismusbegriff lautet mit anderen Worten, dass es sich um eine Totalabstraktion handelt. Nun spricht nichts gegen *begründete* Abstraktionen, ohne die Begriffsbildungen für den politischen und politikwissenschaftlichen Gebrauch nicht denkbar wären. Aber auch abstrakte Begriffe müssen sich am Gegenstand messen lassen, also operationalisierbar sein. Beim Begriff Populismus besteht diese Operationalisierung zumeist in der Frage nach Stil, Rhetorik und anderen Ausdrucksmitteln – also nach der Form, nicht nach dem Inhalt, und das Formale bleibt hier weit gefasst und vage. Handelt es sich dann nicht sogar beim hegemonialen Demokratieidealismus, der politische Legitimität auf den Souverän, also «das Volk» (im

Sinne von «the people») und den durch ihn verkörperten Allgemeinwillen zurückführt, um einen Populismus *sans phrase*? Man kann einwenden, dass die populistische Anrufung des «Volkes» – und sei es die Berufung auf eine «schweigende Mehrheit» oder den «kleinen Mann» – in der Regel gerade trotz des «Volksbezugs» keine universalen, sondern partikulare Interessen adressiert. Aber gilt dies (sehen wir einmal von idealistischen Vorstellungen von der bürgerlichen Demokratie als die beste aller Staatsformen ab) nicht auch für durchaus anerkannte formaldemokratische Verfahren?

Die Bezeichnung Populismus – immer pejorativ gemeint – trifft immer oppositionelle Bewegungen und Parteien, die nichtherrschende Interessen repräsentieren.¹⁵ Der an sie gerichtete Vorwurf des Populismus dient immer der Delegitimierung und wird ausdrücklich nicht bezogen auf die jeweiligen politischen Inhalte. Er kommt in Gestalt einer Erinnerung an deren Partikularität und die Tatsache, dass sie im Stande der Opposition schon gar keine Verbindlichkeit reklamieren können. In der Bezeichnung Populismus geht insofern ein bestimmtes Macht- oder Konkurrenzverhältnis auf zwischen denen, die zu der Bezeichnung greifen, und denen, die damit belegt werden,¹⁶ also zwischen Inhabern

¹⁴ Eine kuriose Ausnahme ist die Materialsammlung für das neue NPD-Verbotsverfahren, in dem der NPD an einer Stelle Populismus vorgehalten wird. ¹⁵ Ausnahmen wie die teils in Deutschland als linkspopulistisch titulierte Chavez-Regierung bestätigen die Regel: Dort, wo die Vokabel gebraucht wird, will man sozialistische Politik freilich nur in der Opposition haben – wenn überhaupt. «Populismus an der Macht» ist in Europa unbekannt (vgl. Priester 2012: 108). ¹⁶ Die Untauglichkeit des Populismusbegriffs zeigt sich hier an der absurden Folge, dass der Gebrauch dieses Vorwurfs selbst «populistisch» sein kann, wenn er nämlich aus einer anderen oppositionellen Fraktion heraus «im Namen einer Mehrheit» formuliert wird, die man nicht tatsächlich hinter sich hat – also letztlich stellvertretend für eine Regierung gesprochen wird. Es ist insofern keine Besonderheit des Populismus, «die Mehrheit» als politischen Legitimationstitel zu gebrauchen.

der politischen Macht und deren Konkurrenten. Damit tritt zum pejorativen Tenor des Populismusbegriffs in umgekehrter Richtung eine affirmative, strukturkonservative Bedeutung: Die Forderung beispielsweise, Volksabstimmungen einzuführen, ist genau in dem Sinne «populistisch», dass eine oppositionelle Fraktion auf ein Entscheidungsverfahren setzt, das zu anderen Mehrheiten führen soll als das Entscheidungsverfahren, das eine konkurrierende Fraktion zur Regierung gemacht hat. Das im engeren Sinne Populistische daran ist lediglich, durch eine formaldemokratische Volksabstimmung eine bestimmte politische Entscheidung herbeiführen zu wollen, mit der eine weitere Entscheidung hintertrieben werden soll, die bereits auf andere formaldemokratische Weise zustande gekommen ist.

Politisch von Bedeutung ist doch aber gar nicht die Verfahrensfrage, mit der die einen Legitimität behaupten und die anderen sie für sich behalten wollen –, sondern die Frage, um welche Entscheidungen es eigentlich geht, *welche Inhalte* hier zur Disposition stehen. All das fängt der Populismusbegriff gerade nicht ein, und deshalb bleibt er, wie sehr wir ihn auch strapazieren, zu allem (außer Stil und Rhetorik) stumm. Versuchen wir, wie eben gezeigt, den Begriff hinsichtlich seiner demokratiethoretischen Bedeutung hin weiter zu entschlüsseln, so kommen wir entweder zu dem Punkt, mit Gramsci zu fragen, warum «eine dezidiert antiwohlfahrtsstaatliche Politik auch von jenen Wahlbürgern massenhaft akzeptiert wurde, die von den sozialstaatlichen Kürzungen mittelbar oder unmittelbar betroffen waren» (Dubiel 1986: 40). Nun ist Margaret Thatcher, um die es in diesem Zitat ging, tot, aber die Fragestel-

lung, warum Menschen sich gegen eigene Interessen mobilisieren lassen, bleibt. Diese Populismusfrage ist wichtig, hängt aber offensichtlich nur ganz unwesentlich mit der AfD zusammen, empfiehlt sich also vorbehaltlich weiterer Elaboration nicht für deren Analyse. Versucht man dagegen zu einer Operationalisierung zu gelangen, indem man den Populismus in Anlehnung an Max Weber als Idealtyp modelliert, liegt man von Anfang an nahe an dessen plebiszitärer (Führer-)Demokratie. Demnach bedarf es des Populismus nicht, Stil und Rhetorik betreffende Fragen könnten mit gleicher Evidenz als Demagogie bezeichnet werden (Breuer 2006: 145; vgl. hierzu auch Weber 1980 und kritisch dazu Priester 2012: 65 f.).

All das ändert sich nicht, wenn spezieller vom Links- und Rechtspopulismus die Rede ist. Vielmehr besteht ein tatsächlich neues Problem des Populismusbegriffs darin, dass er zusehends überformt wird durch den Versuch, ihn analog zum Begriffspaar des Links- und Rechtsextremismus zu modellieren. Die semantische Nähe wird noch durch die Konstruktion eines «weichen Extremismus» verstärkt, dem «die meisten extremistisch-populistischen Kräfte» angeblich angehören (Jesse 2010: 16). Das idealtypische Beispiel dafür ist nicht die AfD, sondern die Partei DIE LINKE, die sich in den Analysen der hegemonialen Extremismusforschung zwar nicht insgesamt dem («harten») Extremismus zurechnen lässt, aber gerade über den Populismus wieder in den Bereich des («weichen») Extremismus eingeführt wird. Der Weg ist bequem, weil es ein unzureichend bestimmter und prinzipiell kaum abgrenzbarer Populismusbegriff zulässt, eine Analyse zum gewünschten

Ende zu treiben, wenn man gedanklich genügend Haken schlägt. So kommentierte Eckhard Jesse anlässlich der Bundestagswahl 2009, DIE LINKE sei «für ihren Populismus belohnt» worden, und wählt als Beispiel die Forderung «Hartz IV muss weg» (Jesse 2011: 105). In einem neueren Werk aus dem Genre der Extremismusforschung wird das Statement «Hartz IV – Armut per Gesetz» der LINKEN mit einer ähnlich lautenden Forderung der NPD («Hartz IV – nicht mit mir») verglichen. Das Beispiel ist nun schon Beleg für eine «Konvergenztendenz» des Extremismus (vgl. Blank 2014: 385).

Zwei *theoretisch* unterschiedliche Sachverhalte – Populismus und Extremismus – werden auf einem Beispiel abgebildet und damit *empirisch* gleich – und schon ist eine dieser «extremistisch-populistischen Kräfte» in der Welt, die erklärtermaßen meist dem «weichen Extremismus» angehören. Definitionsgemäß ist der Extremismus weich, wenn er «nur einzelne Elemente des demokratischen Verfassungsstaates in Frage» stellt (Jesse

2010: 14), «beispielsweise bürgerliche Freiheits- und Gleichheitsrechte»(ebd.: 17). Der ursprüngliche Beispielsatz gibt das mitnichten her. Aber der Zwischenschritt über den Populismusbegriff ist der beherzte Sprung auf eine sehr bewegliche rhetorische Fähre hin zum Extremismusvorwurf.

Die Möglichkeit, damit nun zu einem gewünschten Ergebnis zu kommen – etwa zu Verortung der AfD in der extremen Rechten –, rechtfertigt es eher nicht, sich dieses Kniffs zu bedienen. Er steht einer stimmigen Analyse eher im Wege. Diese «Leistung» des Populismusbegriffs sollte uns vielmehr Grund geben, von ihm abzulassen. Er sagt am ehesten etwas über den aus, der ihn gebraucht, und sei es über dessen Verlegenheit, keinen besseren Begriff gefunden zu haben. Warum nicht einfach sagen, was etwas länger, aber dafür klar ist: Die AfD ist eine Partei der Rechten mit bestimmten extrem rechten Tendenzen im Hinblick auf ihre Inhalte und ihr Personal. Dagegen ist die Frage nach ihrem «Populismus» weit weniger wichtig.

Die Parteigründer: Wahlalternative 2013

Dem Gründungsparteitag der AfD im April 2012 ging im Jahr zuvor der Aufruf zu einer *Wahlalternative 2013* (WA) um Bernd Lucke und den Publizisten Alexander Gauland – zwei langjährige CDU-Mitglieder – sowie Konrad Adam voraus.¹ Lucke und Adam gehören heute zu den Vorsitzenden der AfD, Gauland ist stellvertretender Vorsitzender. Unter den Hauptzeichnern des WA-Aufrufs befanden sich die ehemaligen BfB-Mitglieder Karl Albrecht Schachtschneider, Joachim Starbatty und Bruno Bandulet, aber auch Beatrix von Storch und der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel. Dieser ist der AfD erst wesentlich später beigetreten, besetzt nun aber (nach Lucke) den Listenplatz 2 zur Europawahl.

Die Inhalte des WA-Aufrufs entsprechen im Wesentlichen den anfänglichen Schwerpunkten der AfD, das heißt, man stellte die europäische Währungsunion infrage und verteidigte die Souveränitätsrechte der Bundesrepublik gegenüber der EU. Im Gegensatz zur Europakritik etwa des BfB berief sich die WA aber ausdrücklich auf den Vertrag von Maastricht, ferner auf die wirtschaftspolitischen Positionen des 2010 gegründeten *Plenum der Ökonomen*. Bernd Lucke hatte den Plenumsgründungsaufruf anlässlich der sich auswachsenden Finanzkrise verfasst und insbesondere an VWL-Ökonomen gerichtet. Unter anderem sprach sich das Plenum 2011 gegen eine Verlängerung des Euro-Rettungsschirms aus.² Vier von fünf Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats der AfD – dem aus-

schließlich Volkswirtschaftsprofessoren angehören³ – waren Mitglieder des Plenums bzw. Mitzeichner des Gründungsaufrufs.

Nicht zum Plenum gehört einzig das AfD-Beiratsmitglied Roland Vaubel. Er verfasste 2007 einen Artikel, in dem er klassische Überlegungen zum Schutz der «Leistungseliten vor der Tyrannei der Mehrheit» anstellte.⁴ Vaubel und die anderen AfD-Beiratsmitglieder gehörten dann zu den Hauptzeichnern des WA-Aufrufs. Im Gegensatz zu den Stellungnahmen des neoliberalen Plenums erzielte der WA-Aufruf, wohl auch in Wechselwirkung mit der Griechenland-Krise, erhebliche Aufmerksamkeit und führte – nach Versuchen des Brückenschlags zu den *Freien Wählern*⁵ etwa durch Hans-Olaf Henkel, für die Lucke noch 2013 als dritter Listenkandidat bei den niedersächsischen Landtagswahlen angetreten ist – schließlich zur Gründung der AfD. Der Parteigründungsprozess bedeutete indes eine Verschiebung vom neoliberalen Reformprogramm des Plenums hin zu einem Bündnis etwa mit dem rechtskonservativen Storch-Netzwerk. Die damit erzielte Gleichzeitigkeit von marktradikalen und nationalistischen Positionen verstärkt die Ähnlichkeit zum früheren BfB über die personellen Verbindungen hinaus.

1 Website der Wahlalternative 2013, unter: <http://www.wa2013.de>. 2 Website des Plenums der Ökonomen, unter: http://www.wiso.uni-hamburg.de/lucke/?page_id=375. 3 Website der AfD, unter: <https://www.alternativefuer.de/partei/wissenschaftlicher-beirat/>. 4 Vaubel, Roland: Der Schutz der Leistungseliten in der Demokratie (1.2.2007), unter: <http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=17>. 5 Berger, Jens: Wahlalternative 2013 – aus den Freien Wählern sollen freie (Markt-)Radikale werden (9.10.2012), unter: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=14670>.

Für einen analytischen Perspektivenwechsel spricht auch, dass es sich bei dem eigentümlichen Abwehernationalismus der AfD nicht um einen «national-konservativen Anstrich», sondern um ihre vielleicht wichtigste ideologische Konstante handelt. Zwar insinuieren die Europathesen der Partei nun nicht (mehr) den Austritt aus dem Euroraum oder gar der Europäischen Union. Fluchtpunkt bleibt aber eine «Europäische Union souveräner Staaten» anstelle der «Idee der Vereinigten Staaten von Europa». Die Entgegensetzung ergibt nur Sinn, wenn zugleich unterstellt wird, der europäische Integrationsprozess ziele objektiv auf die Überwindung der in den Integrationsprozess eingebundenen Nationalstaaten, und die supranationale Institutionalisierung würde zu dem Ende hin betrieben, nationalstaatliche Apparate abzuschaffen. Tatsächlich wirbt derzeit keine relevante politische Kraft für eine *derartige* Zentralisierung, und selbst die Forderung nach einer bundesstaatlichen Entwicklung der EU (die missverständlich als «Vereinigte Staaten von Europa» bezeichnet oder kritisiert wird) setzt begrifflich *immer noch* eine Mehrzahl politischer Ordnungen staatlicher Qualität voraus. Die AfD unterstellt, es handle sich dann nicht mehr um *souveräne* Staaten, vergisst aber, dass die EU bereits jetzt über eigene Souveränitätsrechte verfügt. Sie können mit den Souveränitätsrechten einzelner Mitgliedsstaaten wohl in Konflikt treten, schließen einander aber nicht prinzipiell aus.

Die Angst, ein fortgesetzter Integrationsprozess der Europäischen Union kassiere die Souveränität Deutschlands

und stelle damit Deutschland als Nationalstaat infrage, entbehrt einer rationalen Grundlage. Denn zum einen sind die in der EU assoziierten Nationalstaaten gerade *als Nationalstaaten* die konkreten Träger dieses Integrationsprozesses. Zum anderen setzt die Beteiligung an diesem Integrationsprozess eine zumindest partielle Identität souverän verfolgter, nationalstaatlicher Interessen voraus – eben nicht zu dem Ende hin, diese Interessen zu überwinden, sondern sie insbesondere durch den Zugriff auf einen gemeinsamen Binnenmarkt in einem supranationalen Maßstab besser verfolgen zu können. In dieser *ökonomischen* Perspektive sind die EU und insbesondere der Euroraum eine Verlaufsform der kapitalistischen Konkurrenz der Nationalstaaten und damit *alles andere* als die Aufhebung der Nationalstaaten oder die Stilllegung ihrer grundsätzlichen Konkurrenzverhältnisse. Geradezu hellichtig ist es daher, wenn die AfD-Europathesen den Binnenmarkt als «gemeinsame Klammer der Europäischen Union» würdigen. Und es ist ein Ausdruck eben der *fortgesetzten* Staatenkonkurrenz, für Deutschland ein «größeres Gewicht in den europäischen Institutionen» zu fordern. Das paradoxe Resultat ist aber, dass die AfD aus dem *gleichen* Grund, dessentwegen sie einen Ausbau supranationaler Institutionen kritisiert, eine volle und möglichst starke Beteiligung Deutschlands an diesen Institutionen fordert: Mit *demselben* Argument wird *für und gegen* Europa agitiert, solange damit nur «spezifisch deutsche Interessen in der Europapolitik» abgesichert sind (vgl. Lucke 2014).

Das ist kein «Rechtspopulismus», sondern ein Standardnationalismus, der sich zur EU auch nicht prinzipiell «euro-skeptisch», sondern *taktisch* verhalten muss. Insofern ist eine nun eingetretene «Aufweichung» der anfangs als strikt antieuropäisch eingeschätzten AfD-Positionen nicht verwunderlich, sondern folgerichtig: Die Positionen bemessen sich primär gar nicht am Zustand der EU, sondern am gelingenden – vor allem ökonomischen – Fortkommen Deutschlands in Europa. Der ideologisch konstruierte Gegenpol ist die Angstprognose einer EU-Entwicklung, in der dieses Fortkommen nicht mehr gegeben ist: die «Vereinigten Staaten von Europa», in denen es Deutschland als souveränen Staat nicht mehr gäbe. Mitunter nimmt diese Konstruktion paranoide Züge an, etwa im Falle des baden-württembergischen AfD-Funktionärs Jan Czada, der sich als «Mitbegründer der Partei» bezeichnet:

«Die Vereinigten Staaten von Europa [...] haben die Abschaffung der Staatlichkeit Deutschlands und des Grundgesetzes zum Ziel. [...] Die Europa-Idee hat sich zu einer Ideologie entwickelt, welche offenbar nicht weniger als einen Putsch gegen die Bevölkerung zur Neuordnung Europas anstrebt. Sie ist [...] einer neomarxistischen Internationale zuzuordnen, welche die europäischen Nationen durch politische Gleichschaltung und die europäischen Völker durch Massenmigration aufheben will.» (Czada 2013).

Als Beispiel für diese «Gleichschaltung» benennt Czada übrigens eine «Umerziehung über die Gender-Theorie» und gibt damit einen plausiblen Hinweis darauf, warum sich AfD-AnhängerInnen auf eine

homophobe Mobilisierung einlassen, deren Bezug zu Europa sich zunächst nicht erschließt, und warum «Familien- und Bildungspolitik» mittlerweile als zweites programmatisches Standbein der Partei figuriert: Aus diesem Bereich stammt das groteske Illustrationsmaterial für ein Europa, das die AfD definitiv nicht will: ein Europa, in dem der Hegemon nicht Deutschland heißt und sich zur Bedrohung für deutsche Interessen – was auch immer eine wertkonservative Klientel darunter versteht – auswächst.

Eine Einordnung in den Bereich des Rechtspopulismus wäre auch an dieser Stelle nicht nur eine unnötige Verrätselung, sondern sachlich falsch, wenn man bedenkt, dass populistische Politiken abzugrenzen sind «gegen die etatistische Rechte mit ihrer Sehnsucht nach dem starken (National-)Staat [...]». Im Gegensatz zu dieser Rechten sind Populisten heute weniger denn je Nationalisten, sondern propagieren Regionalisierung» (Priester 2007: 219) und damit ein Konzept, dass sich die AfD genauso wenig zu eigen gemacht hat, wie sie sich auf paneuropäische Ideen bezieht. Die etatistischen Ziele der AfD gehen dagegen nicht nur vom Nationalstaat aus, sondern tragen «restaurative Züge», wie mit Marc Jongen (2014) der stellvertretende Sprecher der AfD in Baden-Württemberg (und Assistent des umstrittenen Philosophieprofessors Peter Sloterdijk) feststellt: Es gehe der Partei um die «Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft und der Souveränität des Volkes», ein Ziel, für das man bisweilen «reaktionär» sein müsse und für dessen Umsetzung eine «konservative Avantgarde» zu sorgen habe: die AfD.

Auch wenn die Kennzeichnung als «konservative Avantgarde» ein Euphemismus bleibt, konterkariert sie die verbreitete Annahme, bei der AfD handle es sich um eine kurzlebige «Protestpartei», die ihren Achtungserfolg zur Bundestagswahl 2013 lediglich der «populistischen» Ausbeutung der Euro- und Finanzkrise zu verdanken hatte. Doch abgesehen von der ohnehin problematischen Reduktion auf den Rechtspopulismus repräsentiert die AfD *seit Anbeginn* ein weiter gefasstes Themenfeld, auch wenn es programmatisch bisher nur schwach expliziert worden ist. Dieses Themenfeld – Euroskepsis, Erhalt der traditionellen Familie, Einschränkung von Migration – dürfte ob seiner Breite auch nicht auf den schlichten Versuch zu reduzieren sein, die Lücke aufzufüllen, die von der FDP im parlamentarische Betrieb hinterlassen worden ist. Vielmehr orientiert sich die AfD mit ihrem restaurativ-nationalistischen Programm auf das Spektrum rechts von den Unionsparteien und könnte davon profitieren, dass sich sukzessive enttäuschte AnhängerInnen mit konservativerer Prägung abwenden – gerade solche, die mit Aktionen wie «Linkstrend stoppen» eher vergeblich für eine spiegelbildliche Rechtsentwicklung eingetreten waren. Vor dem Hintergrund ihrer Personal- und Programmentwicklung *oszilliert* die AfD nun um einen überschaubaren Bestand an tatsächlich fixierten, jedoch *explizit rechten Positionen*, die ihrerseits Entwicklungen in unterschiedliche Richtungen zulassen. Diese Positionen bezeichnen keinen festgelegten Standpunkt, sondern ein Spannungsfeld.

Das künftige Reüssieren der AfD bei der Wahlbevölkerung könnte zum einen vom Erfolg einer Taktik abhängen, die darauf abzielt, gerade diese Festlegung auf einen distinkten politischen Standpunkt zugunsten einer Vieldeutigkeit der Themen zu unterlaufen: Das Hantieren mit der Homophobie macht ein Element der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zur politischen Ressource, die weder «links» noch «rechts» ist; und tatsächlich wird die Kategorie «Geschlecht» für vopolitisch und die heterosexuelle Ehe zur unhintergehbaren Institution erklärt. Ob die AfD mit alledem auch außerhalb einer Online-Petition punkten kann, wird sich zum anderen anhand der Frage entscheiden, in welche Verlaufsformen sie die Widersprüche bringt, die sich *innerhalb* der AfD auftun:

– In *organisatorischer* Hinsicht fällt auf, dass die AfD «von oben» strukturiert ist und sich strikt um ihren Sprecherkreis herum gruppiert. Das hat zur Folge, dass bisher die meisten Verbände «stumm» geblieben sind, ein Umstand, der im Falle von Kommunalwahlkämpfen hinderlich sein wird. Hinzu kommt das Stadt-Land-Gefälle: Am Beispiel Sachsens zeigt sich, dass die einzelnen Verbände in den drei großen Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz besonders stark sind. Erfolge hatte die AfD aber bislang dort zu verzeichnen, wo der organisierte Mitgliederbestand weit schwächer ausgeprägt ist. Die Herausforderung wird auf längere Sicht darin bestehen, diesen Mitgliederbestand zu konsolidieren, was durch ein Kultivieren innerparteilicher Demokratie begünstigt

werden würde. Doch schon angesichts des sonst nur von extrem rechten Parteien bekannten Brauchs, die Presse von Parteitag auszuschließen, bestehen bei der AfD Zweifel an einer umfassenden innerparteilichen Demokratie.

- *Personell* fällt neben einer Polarisierung der Parteiflügel ein flottierender Mitgliederbestand auf. Was ein Effekt inhaltlicher Widersprüche sein kann, folgt trivialerweise auch daraus, dass die Partei noch nicht gefestigt ist: Sie zieht zugleich den Typus der «moderaten» Technokraten wie auch «Quertreiber» und Fundamentalisten an, darunter frühere Mitglieder und Funktionäre extrem rechter Parteien. Solange nicht feststeht, wohin die Partei insgesamt treibt, wird sie für verschiedene Spektren gleichermaßen attraktiv wirken – dies aber auf Kosten der Stabilität der Parteiorganisation, insbesondere dann, wenn sie in Flügelkämpfen aufgerieben wird.
- Die AfD rechnet sich selbst hohen ökonomischen Sachverstand zu, aber sie ist *inhaltlich* keineswegs festgelegt auf ein bestimmtes ökonomisches Programm: Die «Euro-Rebellen» loben den europäischen Binnenmarkt, fordern Haushaltsdisziplin, Sparpolitik und entbürokratisierte Institutionen. Das liegt ganz im neoliberalen Trend. Andererseits formulieren sie gegen die EU einen Abwehernationalismus, der insbesondere einer Abschottung nationalstaatlicher Wohlfahrtssysteme dienen soll – sie hochzuhalten ist innerhalb der beiden Alternativen – Europäisierung oder Stärkung der Nationalstaaten – zwar folgerichtig, passt aber nicht zum neoliberalen Profil. Es ist völlig offen, ob sich dieses Profil ge-

gen den Wohlstandschauvinismus, auf den sich etwa die migrationspolitischen Aussagen der AfD wesentlich beziehen, durchsetzen wird.

- *Programmatisch* wird sich zusätzlich zeigen müssen, ob es die AfD vermag, ihre bislang hauptsächlich bundes- und europapolitisch relevanten Positionen anlässlich von Landtags- und Kommunalwahlkämpfen auf diese Ebenen «herunterzubrechen», zu verlängern oder unspezifische Surrogate (etwa Law-and-Order-Forderungen) einzuführen.
- Daraus ergeben sich schließlich *strategische* Möglichkeiten, etwa die einer regionalspezifischen Entwicklung der AfD-Landesverbände, die sich an der dominanten Wählerklientel und jeweils akzeptierten Themensetzungen orientieren. In dem Zusammenhang bleibt die AfD aber bis auf Weiteres abhängig von der bereits bestehenden politischen Agenda. Schon die Profilierung der AfD anlässlich der Euro-Rettungspolitik knüpfte an eine bereits voll entfaltete mediale Thematisierung an. Die Unterstützung der homophoben Petition in Baden-Württemberg kann derart als Versuch verstanden werden, erstmals eine eigene themenbezogene Mobilisierung (mit) zu initiieren, auch wenn bis auf Weiteres fraglich bleibt, ob und wie sich diese Linie in elektorale Erfolge überführen lässt.

Schließlich darf nicht vergessen werden, dass sowohl die hohe Medienaufmerksamkeit gegenüber der AfD wie auch der Zuspruch bei Wahlen auf ihr Underdog-Image zurückzuführen ist, das schon im Parteianamen mitschwingt («Alternative») und mit ihrer Anti-Establishment-Rhetorik kultiviert wird. Dieses Selbstbild wird mit zunehmender Etablierung

der Partei und der Professionalisierung ihrer Arbeit unweigerlich an Glaubwürdigkeit einbüßen. Eine «Alternative» wird die AfD nicht mehr sein, wenn sie etwa infolge der anstehenden Landtagswahlen im offiziellen Politikbetrieb ankommt und den «etablierten Parteien» dabei notwendigerweise immer ähnlicher wird. Dieses Dilemma droht der AfD zuerst und unwillkürlich dort, wo sie am erfolgreichsten ist. Abhängig von den Entwicklungsrichtungen, die angesichts der derzeitigen Widersprüche innerhalb der AfD möglich sind, wird es an der Partei selbst liegen, in was sie sich in absehbarer Zeit verwandeln wird: im für sie bes-

ten Falle in eine «kleine CDU» – oder im für alle schlechtesten Falle in eine kleinere «NPD light». Mit der Bildung einer «Patriotischen Plattform» innerhalb der AfD ging ihr jüngster Ausschlag wieder nach rechts. An der Plattform beteiligt sind AfD-Funktionäre aus Baden-Württemberg und Sachsen.

Für wichtige Anregungen zu diesem Text danke ich Volkmar Wölk.

Felix Korsch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und freier Journalist in Leipzig. Er forscht und publiziert schwerpunktmäßig zur außerparlamentarischen und extremen Rechten.

Die aktuelle Fraktionierung der Partei

Deutlicher als einst der BfB grenzt sich die AfD gegen die extreme Rechte ab. Tatsächlich spricht auch nichts dafür, Lucke und andere prominente Parteifunktionäre in dieser Richtung zu verorten. Das trifft womöglich aber nicht auf sämtliche der aktuell mehr als 17.000 Mitglieder zu.¹ Kurz vor der Bundestagswahl 2013 zitierte *Der Spiegel* den Gründer und damaligen Vorsitzenden der islamfeindlichen Partei *Die Freiheit*, René Stadtkewitz, mit der Schätzung, es seien bereits 350 seiner Mitglieder zur AfD gewechselt. Dort «besetzen sie Posten in mehreren Landesvorständen und kandidieren auf Landeslisten».² Die AfD reagierte mit einem Aufnahmestopp, dessen Erfolg nicht nachprüfbar ist und der prompt innerparteilicher Kritik ausgesetzt war.³ Dies ist auch Ausdruck des innerparteilich keineswegs geklärten Stellenwerts der «Islamkri-

tik», die bis dahin aus dem Sprachgebrauch der Partei herausgehalten wurde. Ende Oktober 2013 veröffentlichte Bernd Lucke ein Rundschreiben mit ambivalenten Thesen zum Islam.⁴ Anfang 2014 zeigte aber eine Mitgliederumfrage in Bayern, dass ein erheblicher Teil der Basis bereit ist, weit eindeutigeren, bis hin zu offen islamfeindlichen Thesen zuzustimmen.⁵

Einige ehemalige Freiheit-Mitglieder stehen im Übrigen der *Patriotischen Plattform* nahe, die sich aktuell als AfD-nahes Netzwerk formiert und eine Duldung als parteiinterner Zusammenschluss anstrebt.⁶ Die Plattform-Gründer kommen schwerpunktmäßig aus den als eher konservativ geltenden Landesverbänden Baden-Württemberg und Sachsen. In einem Diskussionsbeitrag auf der Plattform-Website wird der Islam bejaht – allerdings unter den

Bedingungen einer «deutschen Leitkultur».⁷ Auf der zugehörigen Facebookseite wird behauptet, Karl Albrecht Schachtschneider sei Unterstützer der Plattform.⁸ Das Gruppenprofil lässt die plausible Vermutung zu, dass sich in Zukunft der «rechte» AfD-Parteilügel im Umfeld der Plattform sammeln könnte. Zu deren Gründungsmitgliedern gehören auch Personen, die im Nachwuchsverband *Junge Alternative* (JA) aktiv sind. JA-Bundessprecher Philipp Ritz stand kürzlich dem neurechten Online-Magazin *Blaue Narzisse* für ein Interview zur Verfügung,⁹ auf der Website des JA-Landesverbands Baden-Württemberg wird über einen Besuch im «freiheitlich-konservative[n] Studienzentrum Weikersheim» berichtet,¹⁰ das gleichfalls dem Netzwerk der Neuen Rechten zugerechnet wird.

Als Gegengewicht hat sich neben dem geräuschlosen *Arbeitskreis Christen* mittlerweile der parteiinterne Zusammenschluss *Kolibri* («Konservative und Liberale») konstituiert, der in einem Selbstdarstellungstext zu «Toleranz gegenüber anderen Ethnien, Glaubensrichtungen oder Lebensentwürfen» aufruft.¹¹ Im Kontext der homophoben Mobilisierung in Baden-Württemberg Anfang des Jahres wurde berichtet, Kolibri wolle künftig «bibeltreuen Freunden die Stirn bieten».¹² Das sorgt teils für grobes Missfallen, das auf der anonym betriebenen Website «Kolibri-Watch»¹³ Ausdruck findet. Dort wird dem *Netzwerk liberaler Funktionäre* – zu dessen Mitinitiatoren Joachim Starbat-

ty gehört – vorgeworfen, auf eine «FDP 2.0» hinzuwirken. Der Flügelkampf referiert mit aktuellen strategischen Streitpunkten: Kolibri-Mitgründerin und AfD-Pressesprecherin Dagmar Metzger wirbt für die Zeit nach der Europawahl für ein Bündnis mit den britischen Tories,¹⁴ während andere AfD-Funktionäre auf eine Zusammenarbeit mit der anti-europäischen UKIP (United Kingdom Independence Party) setzen.¹⁵

1 Offizielle Mitgliederzahlen veröffentlicht die AfD-nahe Website «Das Berliner Forum» unter: <http://www.das-berliner-forum.de/zahlen-daten/109-mitgliederzahlen-zum-31-01-2014.html>. 2 Anti-Euro-Partei: AfD-Landesverbände fürchten rechte Unterwanderung (o.N., 1.9.2013), unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-landesverbaende-fuerchten-rechte-unterwanderung-a-919706.html>. 3 AfD verteidigt Aufnahmestopp für «Die Freiheit»-Mitglieder (o.N., 8.2.2013), unter: <http://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2013/afd-verteidigt-aufnahmestopp-fuer-die-freiheit-mitglieder/>. 4 Veröffentlicht unter anderem auf der Website von Freie Welt: <http://www.freiewelt.net/alles-was-sie-schon-immer-uber-afd-und-islam-wissen-wollten-von-bernd-luckealles-was-sie-schon-immer-uber-afd-und-islam-wissen-wollten-von-bernd-lucke-10014937/>. 5 AfD steuert in islamfeindliches Fahrwasser (o.N., 23.1.2014), unter: <http://www.endstation-rechts-bayern.de/2014/01/afd-steuert-in-islamfeindliches-fahrwasser/>. 6 Website der Patriotischen Plattform, unter: <http://www.patriotische-plattform.de/>. 7 Hickethier, Ralf: Neu denken (4.2.2014), unter: <http://www.patriotische-plattform.de/neu-denken/>. 8 Eintrag auf der Facebook-Website der Patriotischen Plattform vom 16.2.2014, unter: <https://www.facebook.com/PatriotischePlattform/>. 9 Clemens, Carlo: Verstand statt Ideologie (Interview mit Philipp Ritz vom 6.2.2014), unter: <http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4412-verstand-statt-ideologie>. 10 JA Baden-Württemberg: Zu Gast beim Studienzentrum in Weikersheim (o.N., 14.9.2013), unter: <http://jabw.wordpress.com/2013/09/14/ja-baden-wuerttemberg-zu-gast-beim-studienzentrum-weikersheim/>. 11 Website des Zusammenschlusses Kolibri, unter: <http://www.kolibri-afd.de/ueber-uns/>. 12 Amann, Melanie: Erzkonservative in der AfD: Auf Stimmenfang bei den Homophoben (18.1.2014), verunter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/homophobie-in-der-afd-auf-stimmenfang-bei-den-erkonservativen-a-944205.html>. 13 Website Kolibri Watch, unter: <http://kolibriwatch.wordpress.com/>. 14 Geyer, Steven: Überraschung für Bernd Lucke (11.11.2013), unter: <http://www.fr-online.de/bundestagswahl-hintergrund/bernd-lucke-afd-europawahl-ueberraschungen-fuer-bernd-lucke,23998104,25004678.html>. 15 AfD-Mitglieder verhandeln mit britischer Anti-Europa-Partei (o.N., 31.1.2014), unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukip-afd-mitglieder-verhandeln-mit-britischer-anti-europa-partei-a-950488.html>.

Art, David (2011): Inside the Radical Right: The Development of Anti-Immigrant Parties in Western Europe, Cambridge.

Blank, Bettina (2014): «Deutschland, einig Antifa?» «Antifaschismus» als Agitationsfeld von Linksextremisten, Baden-Baden.

Breuer, Stefan (2006): Max Webers tragische Soziologie. Aspekte und Perspektiven, Tübingen.

Czada, Jan (2013): Die AfD: Eine Partei rechts der Mitte (22.10.2013), unter: <http://europablog.net/post/64788175211/die-afd-eine-partei-rechts-der-mitte>.

Dubiel, Helmut (1986): Das Gespenst des Populismus, in: ders. (Hrsg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt am Main, S. 33–50.

Frerks, Sören/Kovahl, Ernst (2013): Sprung in die Parlamente, in: Der Rechte Rand, 145/2013, S. 8–9.

Häusler, Alexander (2013): Die «Alternative für Deutschland» – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Jesse, Eckhard (2010): Die NPD und die Linke: Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus, in: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2009, Bd. 21, Baden-Baden, S. 13–31.

Jesse, Eckhard (2011): Wahlen 2009, in: Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2010, Bd. 22, Baden-Baden, S. 103–125.

Jongen, Marc (2014): Das Märchen vom Gespenst der AfD (22.1.2014), unter: <http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative-fuer-europa/56894>.

Kemper, Andreas (2013): AfD gegen «Multikulti-Umerziehung», in: Der Freitag, 10.4.2013, unter: <http://www.freitag.de/autoren/andreas-kemper/afd-gegen-multikulti-umerziehung>.

Loos, Tilman (2014): Einblick. Zahlen und vorsichtige Analysen zum Ausgang der Bundestagswahlen 2013 in Sachsen und Leipzig, Leipzig.

Lucke, Bernd (2014): Richtigstellung der Berichterstattung über meine Äußerungen zum Fall Hitzlsperger (13.1.2014), unter: <https://www.alternativefuer.de/2014/01/13/richtigstellung-der-berichterstattung-ueber-meine-aeusserungen-zum-fall-hitzlsperger/>.

Lucke, Bernd/Gauland, Alexander/Starbatty, Joachim (2014): Europa-wahlthesen der zweiten Sitzung der Großen Europakommission in der AfD (15.1.2014), o. O.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2013): Arbeitspapier für die Hand der Bildungsplankommissionen als Grundlage und Orientierung zur Verankerung der Leitprinzipien – Bildungsplanreform 2015/2016, Stuttgart, unter: http://www.kultusportal-bw.de/site/pbs-bw/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/kultusportal-bw/Bildungsplanreform/Arbeitspapier_Leitprinzipien.pdf.

Müssigmann, Lena (2014): Sexuelle Vielfalt im Unterricht: Herr Stängle wittert Unfreiheit, in: die tageszeitung, 2.1.2014, unter <http://www.taz.de/!130274/>.

Plehwe, Dieter (2014): Durchmarsch der nationalen Neoliberalen? Die AfD und die europäische Rechte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2014, S. 63–72.

Priester, Karin (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main.

Priester, Karin (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt am Main.

Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. rev. Auflage, Studienausgabe, Tübingen.

Werner, Alban (2013): Keine Alternative(n) für Deutschland und Europa. Eine oppositionstheoretische Analyse deutscher Eurokritik in der Krise, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Online-Publikation, unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Keine_Alternative-n.pdf.

Wiegel, Gerd (2013): Aufstieg des Rechtspopulismus auch in Deutschland?, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Online-Publikation, unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Aufstieg_des_Rechtspopulismus_auch_in_Deutschland.pdf.

AKTUELLE PUBLIKATION



NEONAZISTISCHE MOBILMACHUNG IM ZUGE DER KRISE DER AUFSTIEG DER NAZI PARTEI GOLDENE MORGENRÖTE IN GRIECHENLAND

Von Dimitris Psarras

Reihe Analysen, September 2013

ISSN 2194-2951

Download unter: www.rosalux.de/publication/39832

Der Aufstieg der Goldenen Morgenröte zeigt das rechte Potenzial, das in einer Gesellschaft schlummert und unter bestimmten Umständen von der extremen Rechten genutzt werden kann. Die Wirtschafts- und Finanzkrise und die damit seit 2010 in Griechenland einhergehenden extremen sozialen Verwerfungen bereiteten den Boden für den Aufstieg der griechischen Neonazis.

Publikationen der Reihe Analysen können bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung bestellt werden: bestellung@rosalux.de.

IMPRESSUM

ANALYSEN wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Martin Beck
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin
www.rosalux.de
ISSN 2194-2951 · Redaktionsschluss: Februar 2014
Layout/Herstellung: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling

**«Die AfD ist eine Partei
der Rechten mit bestimmten
extrem rechten Tendenzen
im Hinblick auf ihre Inhalte
und ihr Personal.
Dagegen ist die Frage nach
ihrem «Populismus» weit
weniger wichtig.»**

FELIX KORSCH

